

## ■ AUS DEM EINWOHNERRAT

**Schiffländi – ein Lehrstück für die Demokratie**

**H**eiss, es ist sehr heiss, und heiss könnte auch noch die Debatte um den Siegerentwurf für die Neugestaltung der Schifflände werden. Doch warum erhitzen sich trotz zuvor erfolgter Umfrage die Gemüter so? Es geht um das grundsätzliche Miteinander – eine Analyse.

Die rechtmässig gewählten Vertreter der Regierung setzen sich bei uns aus Parteien verschiedener Couleur sowie zwei Parteilosen zusammen. Im Rahmen der gesetzlich geregelten Möglichkeiten erhalten diese Vertreter die Macht, die Geschicke einer Stadt etc. zu lenken und im besten Fall auch Visionen für eine fernere Zukunft zu entwickeln.

Machtbefugnisse beruhen in Demokratien auf der Legitimierung und Zustimmung von denen, die sie nicht haben. Der Auftrag geht von einer Mehrheit an eine Minderheit. Die Mehrheit der Bevölkerung ist also darauf angewiesen, dass diese Minderheit, wie die Regierung oder die Volksvertreterinnen und -vertreter, für sie die Prozesse organisiert. Und immer, wenn Interessenskonflikte be-



**Waltraud Zepf Getto**  
Einwohnerin, SP

stehen, wird es schwierig, gemeinsam getragene Lösungen zu finden.

Um ein positives Miteinander zu gewährleisten, heisst das also an die Adresse derer, die die «Macht» haben, dass sie ihre Wähler an den Überlegungen für ihre Entscheidungen teilhaben lassen oder sie befragen, wenn es – wie im vorliegenden Fall – um die Neugestaltung eines öffentlichen Platzes geht. Dies wurde durch eine frühzeitige Bevölkerungsbefragung getan. Verstärkt Betroffene wie das Gewerbe wurden sogar speziell einbezogen.

Das heisst, das Resultat des heutigen Siegerprojektes berücksichtigt bereits die von uns allen aufgeführten Wünsche. Klar ist dabei, dass danach eine grosse Vielfalt von teils sehr unterschiedlichen Bedürfnissen zu berücksichti-

gen war. Nun hat eine Kommission aus den eingereichten Arbeiten eine auserkoren und das Planerteam zusammen mit seinem Vorschlag ausgewählt. Auch ich habe ehrlich gesagt keine für alle perfekte Lösung parat.

Dass es jetzt gilt, dieses Projekt auf seine Realisierbarkeit zu prüfen, auch zusammen mit der Gastronomie eine gute Lösung zu finden, versteht sich von selbst. Nun gilt es also, ein Einvernehmen zu finden.

Einvernehmlich zu handeln bedeutet nicht, dass alle Menschen der gleichen Meinung sind. Es bedeutet nicht Einstimmigkeit, aber eine Übereinstimmung, die auf gegenseitigem Verstehen, auf einer Verständigungsbereitschaft beruht. Dass man also grundsätzlich bereit ist, Konflikte auf einer gemeinsamen Grundlage auszuhandeln und am Ende sagen kann, es ist fair zugegangen. «Im Einvernehmen» bedeutet also, dass man eine Entscheidung mitträgt, auch wenn es nicht die persönliche Wunschlösung sein kann. Es bedeutet respektvollen Umgang und Anerkennung Andersdenkender.

Entscheidend ist der Dialog, das Gespräch, das Zuhören und

Hören der anderen Seite. Wer gehört werden will, hört zu. Stärke ist nicht gleich Lautstärke.

Manchmal beweist sich die eigentliche Stärke am ehesten, wenn man anderen den Vortritt lässt. Und Einvernehmen ist der stillschweigende oder manchmal auch ausgesprochene Konsens, dass es fair zugeht. Fair wiederum meint hier etwas anderes als gerecht. «Gerechtigkeit» als Begriff ist eine objektive Kategorie, die sich letztlich auch in Daten, Zahlen und Fakten messen lassen kann.

Fairness wiederum braucht die subjektive Zustimmung. Ob es fair zugeht, hängt massgeblich davon ab, ob die Menschen das so empfinden. Fairness setzt eine bestimmte Form von Akzeptanz voraus, dass Entscheidungen formal richtig getroffen und die Folgen und Konsequenzen angemessen bedacht wurden.

Unter all diesen Aspekten vertraue ich darauf, dass in einem fairen und wertschätzenden Prozess eine Annäherung stattfinden kann, sodass die Anliegen der Natur, der Gastronomie ebenso wie die der Menschen mit Behinderung gehört und bestmöglich umgesetzt werden können.

## ■ ZUSCHRIFT

**Offener Brief an den Vorstand der Fridau und an den Steiner Stadtrat**

*Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,*

*Sehr geehrte Mitglieder des Vorstandes Genossenschaft Fridau*

Am 3. August sollen die Mitglieder der Genossenschaft Fridau über die Baufreigabe abstimmen. Dazu haben wir folgende Bedenken:

1. Dem Protokoll der GV der Genossenschaft Alterswohnungen vom 6. Mai ist zu entnehmen, dass das Kostenziel für die Fridau um fast 1 Mio. verfehlt wurde. Nun versucht man die Preise zu drücken. Örtliche und regionale Handwerker sollen also Hand bieten, um eine hoffnungslose Situation zu retten. Wie realistisch ist eine solche Senkung, gerade in der heutigen Zeit, in der alle Kosten nur eine Richtung kennen, nämlich nach oben? Fachleute sehen in den nächsten

Monaten/Jahren keine Umkehr dieses Trends der steigenden Kosten. Wie kann man unter solchen Umständen Ja sagen zu einer Baufreigabe? Wer übernimmt die Mehrkosten? Wie teuer werden dann am Ende die Wohnungsmieten? Mit Verwunderung stellen wir fest, dass der Einladung zur ausserordentlichen GV am 3.8. wohl eine Traktandenliste, aber keine Unterlagen über die Finanzierung beiliegt. Wie sollen sich da interessierte Mitglieder ein Bild machen und sich für die Abstimmung vorbereiten können?

2. Über eine Nutzung des Sockelgeschosses durch die Stadt ist bis heute nichts offiziell bekannt. Nun soll, gemäss Aussage des Stadtrates an der letzten Einwohnerratsitzung, die Spitex dorthin verschoben werden. Mit welchen Kosten-

folgen? Und wo sind die nötigen Parkplätze? Parkplätze, die aus Kostengründen und weil «ältere Menschen ja eh kein Auto mehr brauchen?» im Fridau-Projekt gar nicht vorgesehen sind. Vor einigen Jahren erst wurde die Spitex von der Altstadt ins Alterszentrum verlegt. Man war der Überzeugung, das sei der ideale Standort und das dafür ausgegebene Geld sicher wert. Zudem fragen wir uns, warum wird der Genossenschaft so etwas versprochen, bevor es noch im Einwohnerrat behandelt und abgesegnet wurde? Kann das der Stadtrat in Eigenregie einfach bestimmen, wie so einiges in letzter Zeit? Unseres Wissens braucht eine solche Nutzungsänderung auch zwingend ein neues Baugesuch. Es scheint so, dass das Sockelgeschoss in der Fridau unbedingt einen zusätzlichen Ertrag bringen

muss, damit die Finanzierung einigermaßen im Rahmen bleibt. Einen zusätzlichen Kindergarten, wie am Anfang vorgesehen, brauchen wir nicht, also nimmt man halt die Spitex.

Schliesslich hat der Stadtrat der Genossenschaft ja versprochen, sich irgendwie einzumieten. Die Spitex könnte aber, falls aus Platzgründen unbedingt nötig, auch in einem Neubau auf dem Irmiger-Areal untergebracht werden und somit am idealen Standort bleiben. Irgendetwas soll ja auch dort in der Pipeline sein.

Aus diesen Gründen ist eine Baufreigabe zum jetzigen Zeitpunkt unverantwortlich.

**Guido Lengwiler, Peter Roth**  
Stein am Rhein